



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom: **Jugendhilfeausschuss**

Niederschrift zur Sitzung
24.11.2011

3. **Modellvorhaben "Kommunale Präventionsketten"**

Sachverhalt:

1. Mit dem anliegenden Schreiben vom 13.11.2011 beantragt die SPD-Fraktion zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 24.11.2011 folgenden Beschluss:

Die Stadt Niederkassel bewirbt sich um die Teilnahme an dem Modellvorhaben „Kommunale Prävention“ der Landesregierung NW und der „BertelsmannStiftung“.

Die Projektbeschreibung sowie ein Anschreiben von BertelsmannStiftung und Landesregierung sind der Vorlage ebenfalls als Anlage beigelegt.

Bereits im September 2011 beantwortete die Verwaltung einen umfangreichen Fragenkatalog der SPD-Fraktion zu Bereich der vom Fachbereich Jugend gewährten Hilfen.

Der entsprechende Vermerk der Verwaltung ist der Vorlage ebenfalls beigelegt.

Ziel des Modellvorhabens ist die Untersuchung und Abstimmung laufender und zukünftiger Maßnahmen auf kommunaler und Landesebene auf ihre vorbeugende Wirkung, um den Menschen „mehr als bisher“ Unterstützung anzubieten und den Ressourceneinsatz zu optimieren.

„Beim Thema Prävention spielen die Kommunen eine Schlüsselrolle. Sie übernehmen wesentlich Aufgaben im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe und sie gestalten die Rahmenbedingungen für den Alltag von Familien und Kindern. Durch die Vernetzung und das Zusammenwirken der relevanten Akteure in den Kommunen und Sozialräumen soll es gelingen, die Wirksamkeit der Maßnahmen und deren Effizienz zu verbessern sowie Kinder und Jugendliche besser zu erreichen.

Die Akteure vor Ort sollen gemeinsam eine systematische und kontinuierliche Kooperation zwischen den Bereichen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, dem Gesundheitswesen, Schule und Bildungswesen, Kultur-, Sport- und sonstigen Freizeitangeboten, Ausbildungswesen und Arbeitsverwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit aufbauen.

Ausgehend von dem Grundsatz <vorbeugen ist besser als heilen> sollen die Angebote vor Ort miteinander verbundene Glieder einer Präventionskette werden, um so das Kind und den Jugendlichen in den verschiedenen Lebensphasen<im Blick> zu behalten und ihm



Stadt Niederkassel

rechtzeitig die notwendige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Zu berücksichtigen ist dabei insbesondere der erhöhte Kooperations- und Steuerungsbedarf zwischen den verschiedenen Akteuren im Sozialraum und im Übergang zwischen den Systemen (Kita-Schule,- Beruf).“

Es wird in diesem Zusammenhang auf die bereits aufgeführten und gewährten Hilfen in Einzelfällen hingewiesen. Über die bereits erwähnte enge Zusammenarbeit mit den zahlreichen örtlichen Akteuren hinaus sind nahezu alle Professionen im JHA vertreten.

Über die Einzelfallarbeit hinaus existieren Arbeitskreise – auch überörtlich und selbstverständlich unter Einbeziehung anderer Jugendämter.

Begonnen mit den Hilfen in der Schwangerschaft nach dem SGB VIII über die frühen Hilfen, fortgesetzt mit U3 und Tagespflegen, dem Ausbau der Kindertagesstätten, dem Übergang in OGS und Tagesbetreuung, den konkreten Hilfestellungen nach SGB VIII, dem Angebot einer städt. Familien-, Ehe- und Lebensberatungsstätte, 2 offenen Jugendfreizeiteinrichtungen mit sehr attraktiven Skater- bzw. Biker-Anlagen, dem Zusammenwirken mit Gesundheitsverwaltung, örtlichen Ärzten, Schulen und Polizei bis hin zu Hilfen für junge Volljährige nach dem SGB VIII sind das Leistungsangebot und das Leistungsvermögen in Niederkassel nahezu vollständig.

Es wird allerdings auch darauf hingewiesen, dass Niederkassel einen erheblich anderen Sozialraum darstellt als zum Beispiel der Stadtteil einer Großstadt.

Eine Teilnahme am Modellprojekt bedingt einen erheblichen personellen und finanziellen Ressourceneinsatz.

Die aufgeführte finanzielle Förderung deckt nicht annähernd die entstehenden Kosten.

Für kleine Kommunen – bis 60.000 Einwohner – beträgt die Gesamtförderung 32.000 Euro für 3 Jahre, weitergehende Kosten müssen von den Kommunen aus dem eigenen Haushalt finanziert werden.

Die Personaldecke des Fachbereichs Jugend lässt angesichts neuer gesetzlicher Regeln (Reform des Kibiz, Reform des Vormundschafts- und Pflegschaftswesens, Bundeskinderschutzgesetz) die Übernahme zusätzlicher Aufgaben ohne Aufstockung des Personals nicht zu.

Am Informationsaustausch wird der Fachbereich Jugend selbstverständlich teilnehmen.

2. Zur Sitzung des JHA am 24.11.2011

Die Angelegenheit wurde unter Beteiligung aller Fraktionen beraten. Insbesondere die Vertreter der antragstellenden SPD – Fraktion versprechen sich von der Teilnahme an



Stadt Niederkassel

diesem Projekt eine bessere Vernetzung aller möglichen Beteiligten. Frau Bayer-Helms (CDU) teilte in diesem Zusammenhang mit, dass Sie gemeinsam mit Frau Beigeordneter Schlösser-Macke an der Auftaktveranstaltung dieses Projektes teilgenommen und festgestellt habe, dass es Ziel des Projektes sei, Strukturen früher Hilfen und Vernetzungen aufzubauen. Dies sei in Niederkassel schon gegeben, Auch im Hinblick auf die aufzuwendenden Personalressourcen werde Ihre Partei diesen Antrag ablehnen.

Die Verwaltung erläuterte hierzu nochmals das Ziel des Projektes. Die dort angesprochene Vernetzung sei in Niederkassel schon weitestgehend umgesetzt, gleichwohl sei diese noch ausbaufähig. Ein Arbeitskreis zum Thema § 8a SGB VIII (Kindeswohlgefährdung) bestehe bereits. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte hält die Verwaltung die Teilnahme an diesem Modellprojekt auch im Hinblick auf die Kosten und die Personalsituation nicht für erforderlich. Über die Ergebnisse des Modellprojektes werde selbstverständlich berichtet. Die Ergebnisse würden in die Arbeit des Jugendamtes einbezogen.

Ausschussmitglied Koch (Verbandsvertreter) erklärte die Unterlagen zum Projekt erst sehr spät erhalten zu haben. Er regte die Anlage einer Datenbank, in der alle Hilfsmöglichkeiten erfasst würden, an. Die notwendigen Personalressourcen auch für die Teilnahme am Modellprojekt könnten durch Freie Träger gestellt werden.

Ausschussmitglied Mutke (SPD) erklärte, dass Sie trotz der vorgetragenen Argumente gegen den Antrag der SPD, diesen aufrechterhalten werde.

Sodann wurde der Antrag der SPD durch die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung gestellt.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das die Stadt Niederkassel sich um die Teilnahme an dem Modellvorhaben "Kommunale Prävention" der Landesregierung NW und der Bertelsmann Stiftung bewirbt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

Der Antrag wurde damit abgelehnt.